



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

21. Sitzung (öffentlich)

6. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:35 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

a) Mündlicher Bericht zur Sonder-AMK in München **5**

Der Parlamentarische Staatssekretär Horst Becker
(MKULNV) informiert den Ausschuss.

**b) Verfahrensstand der Schadensersatzklage der Firma Klausner gegen
das Land Nordrhein-Westfalen** **7**

Minister Johannes Remmel (MKULNV) trägt einen Bericht
vor und beantwortet Fragen der Abgeordneten.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
21. Sitzung (öffentlich)

06.11.2013
sd-ro

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) **12**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Vorlagen 16/1316 und 16/1341

Der **Ausschuss stimmt** dem **Einzelplan 10** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

2 Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes **13**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2097

In Verbindung damit:

Rot-Grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1621
APr 16/239

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2097** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/1621** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
21. Sitzung (öffentlich)

06.11.2013
sd-ro

3 PFT Belastungen in Düsseldorf
Ursachen, Ergebnisse der Messungen, ergriffene Maßnahmen,
Bewertung des Sanierungskonzeptes der Flughafen Düsseldorf
GmbH und Maßnahmen der Stadt Düsseldorf **22**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1318

– Ergänzender Bericht durch Minister Johannes Remmel
(MKULNV), kurze Aussprache.

4 Fahrplan Breitbandausbau für Nordrhein-Westfalen **24**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2280

APr 16/312

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/2280 mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von
CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP **ab**.

5 Entgeltordnung 2014 **29**

Vorlage 16/1290

Der **Ausschuss stimmt** der **Entgeltordnung 2014 –**
Vorlage 16/1290 – mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD, Grünen und Piraten bei Enthaltung der Fraktionen von
CDU und FDP **zu**. – Das Einvernehmen ist hergestellt.

6	Geplante Nutzung und Bauvorhaben des Landes auf dem Gelände der ehemaligen Ordensburg Vogelsang	30
----------	--	-----------

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1317

Der Ausschuss diskutiert mit Minister Johannes Remmel (MKULNV) über verschiedene Fragestellungen.

* * *

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
21. Sitzung (öffentlich)

06.11.2013
sd-ro

2 Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2097

In Verbindung damit:

Rot-Grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1621

APr 16/239

Vorsitzender Friedhelm Ortgies teilt mit, der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei vom Plenum in seiner Sitzung am 28. Februar 2013 an den Umweltausschuss überwiesen worden. Der Antrag der Fraktion der FDP sei vom Plenum in seiner Sitzung am 13. Dezember 2012 an den Umweltausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk überwiesen worden. Die Mitberatungsfrist habe bereits am 21. März 2013 geendet.

Der Umweltausschuss habe am 6. Mai 2013 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Auf das vorliegende Ausschussprotokoll 16/239 werde verwiesen. Er beabsichtige heute, den Gesetzentwurf und den Antrag abschließend zu beraten und abzustimmen.

Annette Watermann-Krass (SPD) führt aus, die Beratung habe einige Zeit gebraucht. Ihre Fraktion habe jede Menge Gespräche in der Sache geführt. Sie sei mehrfach im Sauerland gewesen, habe sich die Lage vor Ort angesehen. Sie sei mit vielen, die damit zu tun hätten, im Gespräch. Mittlerweile würden auf 5.000 ha Waldfläche Weihnachtsbäume angebaut. Kyrill habe sicher dazu beigetragen, dass viele die Möglichkeit genutzt hätten, in relativ kurzer Zeit über eine Verpachtung der Fläche Geld zu bekommen.

Sie stelle fest, dass man, was die Waldflächen anbelange, einen Regelungsbedarf habe. Zweidrittel der Gesamtfläche werde auf den Ackerflächen angepflanzt. Da sei es heute schon so, dass man eine Umnutzungsgenehmigung brauche. Der Druck, auf die Waldflächen zu gehen, sei darüber angeheizt worden.

Nur vier Bundesländer hätten keine Regelung in der Sache. Im Jahre 2011 sei im Vorfeld versucht worden, das auf den Weg zu bringen. Das sei auch in die Koalitionsverhandlungen eingeflossen. Seitdem seien besondere Dinge in dem Gesetzent-

wurf herausgearbeitet worden. Sie verweise auf die 2 ha-Regelung, auf der man ohne Genehmigung anbauen könne. Der Bestandsschutz sei bis 2028 mit hineingenommen worden. Man könne auch Weihnachtsbäume unter Stromleitungen anbauen.

Dass das vor Ort ein solches Problem sei, habe sie sich zunächst nicht vorstellen können. In den kleinen Dörfern im Sauerland stünden die Menschen zum Teil gegeneinander. Die einen sagten, es handle sich um den Giftbaum, „der Gifteintrag werde bis an die Terrassenkante gemacht“. Auf der anderen Seite erlebe sie Familienbetriebe, die über sehr viele Jahrzehnte mit unterschiedlichen Standbeinen auf einem guten Weg seien, den Broterwerb daraus zu erzielen, wobei der Weihnachtsbaum ein Standbein sei.

Gerade im Hochsauerlandkreis würden 33 % der Gesamteinnahmen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich mit dem Weihnachtsbaumanbau erzielt. Das sei nicht unerheblich.

Sie plädiere dafür, dem Gesetzentwurf heute so zuzustimmen. Es habe schon einige Verbesserungen gegeben. Nach den vielen Gesprächen könne sie sagen, ihrer Fraktion sei nach wie vor daran gelegen, das im dialogischen Prozess fortzuführen, damit man endlich vor Ort eine Befriedung bekomme. Das könne man manchmal besser außerhalb des Ordnungsrechtes machen. Deswegen sollte man vor Ort gucken, wie man das hinbekomme. Das Gesetz werde heute auf den Weg gebracht. Man bemühe sich, dass man noch einen Rahmenvertrag vorsehe, der aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgearbeitet werden könne. Sie wünsche, dass diejenigen vor Ort, die den Anbau über viele Jahre aufgebaut hätten, in die Lage versetzt würden, zu einem verträglichen Weihnachtsbaumanbau zu kommen. Das wäre das Votum ihrer Fraktion. Sie glaube, dass man damit auf einem guten Weg sei.

Norwich Rübe (GRÜNE) erinnert daran, dass es einen Handlungsauftrag direkt aus dem betroffenen Gebiet gebe. Er verweise auf den Beschluss des Kreistages des Hochsauerlandkreises, in dem der Landtag aufgefordert werde, hier Regelungen einzuziehen. Es sei richtig, dem nachzukommen.

Nun lägen ein Gesetzentwurf von SPD und Grünen und ein Antrag der FDP vor. Der Antrag der FDP bringe nicht weiter, weil er das Problem in der Region nicht löse. In dem Antrag heiße es, dass das ein regionales Problem sei. Durch die Gesetzesänderung würden diejenigen, von denen die FDP glaube, dass sie in anderen Regionen betroffen seien, nicht getroffen. In der Presse heute habe man Beispiele von Weihnachtsbaumanbau in anderen Regionen finden können. Da seien Zahlen wie der Weihnachtsbaumanbau auf 6 ha – davon sei ein halber ha im Wald – genannt worden. Oder es sei um 4 ha oder 5 ha gegangen. Das seien die Weihnachtsbaumflächen in anderen Regionen.

Im Hochsauerlandkreis habe man ganz andere Dimensionen. Da sei das Land gezwungen zu regulieren. Wer dort gewesen sei, wisse, dass es gute Gründe - z. B. den Erosionsschutz, den Trinkwasserschutz – gebe, gesetzgeberisch einzugreifen.

Frau Watermann-Krass habe gesagt, das Land wolle eine gesetzliche Grundlage schaffen. Das Ganze werde unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Das heiße, man verbiete nicht absolut. Dann wolle man weiterhin den Dialog mit den Weihnachtsbaumanbauern und gucken, was sich daraus entwickle.

Rainer Deppe (CDU) stellt heraus, Frau Watermann-Krass spreche davon, dass der Dialog geführt werden solle, und heute werde einfach ein Gesetz beschlossen. So führe man keine Dialoge. Diese Sprche würden nicht weiterhelfen. Es werde eine Nebelkerze geworfen – der Dialog –, gleichzeitig werde heute beschlossen. Das könne man niemandem erklären.

Zum Verfahren: Bis gestern habe es geheißen, der Punkt werde wahrscheinlich geschoben, weil man noch im Gespräch sei. Frau Watermann-Krass berichte auch von den Gesprächen. Nach seinen Informationen habe man nahe davor gestanden, dass man eine Branchenvereinbarung hinbekomme. Dann hätte man heute den Erfolg gehabt – mit der Reduzierung von Flächen, mit größeren Abständen, mit Spritzmitteleinsatz. Die Branche habe sich auf den Weg begeben, den Weihnachtsbaumanbau zu zertifizieren – nach im Wald anerkannten Zertifizierungsverfahren, die allerdings für das Fachgebiet Weihnachtsbäume noch entwickelt werden müssten. Zu sagen, man führe den Dialog, aber gleichzeitig zu beschließen, das passe nicht zusammen. Im Ergebnis sei das weniger, als man mit der Vereinbarung hinbekommen hätte. So gehe man auch nicht mit den Leuten um.

Es würden Tränen verdrückt über Familienbetriebe, die das seit Jahrzehnten ordentlich machten. Bevor es zu einer freiwilligen Vereinbarung komme, wähle man den Büttel des Gesetzes. So sei die dialogische Politik bei Rot-Grün angelegt. Er habe weder für das Verfahren heute noch für das Ergebnis, das jetzt vorliege, Verständnis.

Herr Re sage, die Landesregierung sei vom Hochsauerlandkreis aufgefordert worden. Er könne 60 Strkungspaktkommunen nennen, die die Landesregierung aufgefordert hätten, irgendetwas zu machen. Nach denen richte man sich auch nicht. Wenn man bei jeder Zuschrift, die komme, sage, dass man aufgefordert worden sei, man müsse unbedingt etwas machen, dann empfehle er, die Zuschriften alle zu lesen, die hier ankmen. Dann hätte man viel zu tun.

Die Anhörung habe gezeigt: Fachlich sei das Gesetz schlecht gemacht. Es werde keinen Bestand haben, wenn es wirklich vollzogen werde. Mit dem Gesetzentwurf werde die Anlage von Weihnachtsbaumkulturen im Wald – der weitaus geringste Teil des Weihnachtsbaumanbaus finde zurzeit im Wald statt – unter einen Genehmigungsvorbehalt gestellt. Es gebe aber kein einziges Kriterium in dem ganzen Gesetzesvorschlag, wonach denn überhaupt genehmigt werde, ob das in die Willkür irgendeiner Behörde gestellt sei oder ob dem Förster die Nase des Waldbesitzers passe oder nicht; es gebe überhaupt keinen Anhaltspunkt, wonach diese Genehmigung zu erteilen oder zu versagen sei. Frau Watermann-Krass habe den Erosionsschutz angeführt. Das könnte man hineinschreiben. Da würde man Kriterien finden.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
21. Sitzung (öffentlich)

06.11.2013
sd-ro

Das sei aber alles nicht geschehen, und zwar einfach nur deshalb, weil es den Grünen – die SPD sei da gesprächsbereiter gewesen – nicht gepasst habe.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Hier werde ein Gesetz durchgedrückt, weil nach der grünen Ideologie – Herr Markert sei jetzt für die Chemie zuständig – ein Plastikbaum ökologischer sei als ein in Nordrhein-Westfalen gewachsener Tannenbaum. Das sei das Ergebnis. Er empfehle, dieses Jahr Weihnachten noch mit einem schönen Baum zu feiern. Noch gelte das Gesetz ja nicht.

Karlheinz Busen (FDP) betont, dem Gesetzentwurf von Rot-Grün werde seine Fraktion mit Sicherheit nicht zustimmen. Frau Watermann-Krass sage, sie stehe im Dialog, ihre Fraktion wolle den Menschen helfen. Wenn dann ein solcher Gesetzentwurf auf den Tisch komme, sei das ein Schlag ins Gesicht für die Betriebe, die sich selber Regeln auferlegten, die konstruktiv daran arbeiteten, wie sie die Weihnachtsbaumproduktion verbessern könnten, die Programme ausarbeiteten, mit den Nachbarn sprächen. Der Gesetzentwurf spiegele die Bevormundungspolitik der Grünen wider: verbieten, regulieren, bestrafen. Es gebe natürlich noch hundert andere Beispiele. Hier sehe man es ganz deutlich. Es sei beschämend, dass sich die SPD darauf einlasse und die Leute so im Regen stehen lasse.

Was die Rahmenvereinbarungen angehe, so glaube niemand, dass die Bauern die Katze im Sack kaufen wollten. Erst beschließe man ein Gesetz, danach wolle man eine Rahmenvereinbarung treffen. So gehe es nicht. Die Weihnachtsbaumanbauer hätten eine Selbstverpflichtung ausgearbeitet. Sie hätten einen guten Vorschlag gebracht, über den man hätte sprechen können.

Simone Brand (PIRATEN) hält fest, über den Antrag der FDP werde seit Dezember 2012 diskutiert. Sie erinnere sich an die beschauliche Debatte in der vorweihnachtlichen Zeit. Nach einem knappen Jahr sollte der Ausschuss schon zu einem Ende kommen und den Gesetzentwurf verabschieden.

Zur Aussage, die Weihnachtsbaumanbauer hätten sich bemüht und hätten etwas ganz Tolles verabschiedet – sie habe es im Dezember in der Debatte bereits gesagt –: Die Weihnachtsbaumanbauer hätten bloß die Beteiligten mit ins Boot geholt. Sie hätten weder mit den Umweltschutzverbänden noch mit den betroffenen Nachbarn vor Ort gesprochen. Sie hätten etwas gebastelt. Das sei nicht sehr gut. Es beschönige die Situation. Die Anwendung von tallowaminhaltigen Glyphosaten sei sowieso schon von der EU verboten. Der Verzicht darauf werde jetzt als große Sache verkauft, die die Weihnachtsbaumanbauer angeblich mit beschlossen hätten. Sie sehe auch nicht, dass sie besonders weit nach vorne gekommen seien.

Herr Rüße habe gerade gesagt, es sei kein Verbot. Man müsse über Genehmigungen sprechen. Dass Umweltschutzkriterien dabei eine Rolle spielen würden, verstehe sich von selbst.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) meint, wenn die CDU mit dem, was sie hier vortrage, konsequent wäre, dann müsste sie eigentlich die Forderung aufstellen, dass da, wo der Weihnachtsbaumanbau überwiegend stattfindet, nämlich auf landwirtschaftlichen Flächen – hier gebe es die Notwendigkeit einer Eingriffsregelung durch die Landschaftsbehörde – die Eingriffsregelung abgeschafft werde. Das geschehe aber nicht. Auf landwirtschaftlichen Flächen werde der Weihnachtsbaumanbau akzeptiert. Offensichtlich vertrete die CDU die Meinung, dass es da geregelt werden müsse. Im Wald gebe es aber eine Regelungslücke. Das Parlament, letztlich der Ausschuss seien dafür zuständig, diese Regelungslücke zu schließen. Darum gehe es – nicht mehr und nicht weniger.

Es handele sich auch nicht um ein Verbot des Weihnachtsbaumanbaus schlechthin, sondern es gehe um das weitere Fortschreiten der Weihnachtsbaumplantagenkultur im Wald. Das sei bisher nicht geregelt. Da – so stehe es im Gesetzentwurf – solle zukünftig eine Genehmigung genauso wie im landwirtschaftlichen Bereich notwendig sein – und das nach den Kriterien, die die Landschaftsbehörden tagtäglich anwenden würden, wenn es um Umwandlungen gehe. Da brauche man keine zusätzlichen Erläuterungen. Anträge auf Umwandlung von Waldflächen würden von den Landschaftsbehörden bearbeitet. Da gebe es ordentliche Verfahren. Das laufe nach objektiven Kriterien.

Zum Bestandsschutz bis 2028: Es stelle sich die Frage, was danach passiere. Er finde es begrüßenswert, dass sich die Betriebe, die Weihnachtsbaumanbauer sowie die verschiedenen politischen Beteiligten, die Verbände aufgemacht hätten zu definieren, wie ein ökologischer Weihnachtsbaumanbau im Wald aussehen könne. Die Dinge seien noch nicht so weit gediehen, dass man sie manifestieren könne. Das betreffe beispielsweise die Frage, wer zertifiziere, wer das beurteile, ob es dafür eine zuständige Behörde geben oder ob das die Landwirtschaftskammer machen sollte. Auch sei zu fragen, ob alle Betriebe mitmachen. Er würde es sehr begrüßen, wenn hier die Möglichkeit geschaffen würde, in diesem Zeitraum zu Vereinbarungen zu kommen.

Ein weiteres Argument, das zwingend einer Regelung bedürfen: Bei allem Diskutieren und Dialogisieren sei es notwendig, dass es klare Rahmenbedingungen gebe. Die unklaren Rahmenbedingungen hätten im letzten Jahr dazu geführt, dass weitere 400 ha Waldfläche umgewandelt worden seien. Er finde es nicht in Ordnung, wenn in einer Zeit, in der über diese Thematik im Parlament diskutiert werden, noch einmal zusätzlich 400 ha Waldfläche von den Weihnachtsbaumanbauern in Anspruch genommen würden. Hier müsse es Regelungen geben, um dem einen Riegel vorzuschieben. Der Weg in den Wald müsse verschlossen werden. Wald sei Wald und habe nichts mit Plantagenwirtschaft zu tun. Der Wald habe andere Funktionen, so stehe es jedenfalls im Landesforstgesetz.

Auftrag sei es in Nordrhein-Westfalen, Wald naturnah zu bewirtschaften. Dazu zählten die verschiedenen Funktionen für den Boden, für das Grundwasser und für den Klimaschutz. Niemand könne es gutheißen, dass diese Funktionen weiter beeinträchtigt würden. Hier bedürfe es einer klaren Regelung. Er bitte um Zustimmung zu

dem Gesetzentwurf. Er sei bereit, daran mitzuwirken, dass für die Zeit nach 2028 auf einer ordentlichen Grundlage Vereinbarungen ausgehandelt würden.

Norwich Rübe (GRÜNE) betont, er sei von dem Gesetzentwurf überzeugt. Der Gesetzentwurf sei deutlich besser als das, was die CDU damals mit dem Klausner-Vertrag gemacht habe. Das Gesetz werde Bestand haben.

Der Minister habe es bereits gesagt: Man sei in Verhandlungen mit den Anbauern. Es gebe eine Selbstverpflichtung der Anbauer, in der es heiße, sie wollten 400 ha der gesamten Kulturen zurücknehmen. Im selben Moment würden Waldflächen umgegraben und bepflanzt – 400 ha zusätzlich. Die Anbauer holten sich also diese Flächen im gesetzefreien Raum, den die CDU und die FDP befürworteten – sonst könne man angeblich keinen Dialog führen –, dann gebe man 400 ha zurück.

(Karlheinz Busen [FDP]: Weil sie Vertrauen haben!)

– Da sei seine Fraktion anderer Meinung. Dann müsse es erst ein Gesetz, eine Basis geben, mit der klar werde, wie es zukünftig gehandhabt werde. Man müsse das Ganze zum Stoppen bringen. Das geschehe jetzt. Dann könne man darüber verhandeln, wie ein Weihnachtsbaumanbau zukünftig aussehen sollte, unter welchen Bedingungen er vielleicht auch im Wald stattfinden könne. Das könne man alles aushandeln. Jetzt werde ein Punkt gesetzt.

An Frau Brand gewandt, fährt Herr Rübe fort, an dem Gesetz werde schon länger gearbeitet. Damals seien die Piraten nicht einmal im Landtag gewesen. Es sei dringend an der Zeit, das endlich durchzusetzen. Wenn die Selbstverpflichtung der Weihnachtsbaumanbauer ein Angebot an die SPD-Kolleginnen und -Kollegen und an die Grünen sein sollte – man sei sich einig, welche ökologischen Bedingungen man sich da vorstelle, da gebe es überhaupt keine Differenz –, dann müsse das mehr sein als das, was unter GlobalGAP laufe. Es reiche nicht aus, Weihnachtsbaumkulturen in Schnittgrünkulturen zu überführen und zu meinen, das sei schon eine ökologische Aufwertung. Das sei zu wenig.

Wenn man eine bessere, eine ernsthaft gemeinte Selbstverpflichtung präsentiert hätte, wäre das vielleicht eine Grundlage gewesen. Das sei aber nicht geschehen. Trotzdem werde man weiterhin den Dialog führen. Natürlich sehe er, dass es ökonomische Interessen gebe, die in Einklang mit ökologischen Notwendigkeiten zu bringen seien. Das sei keine Frage. Er sei zuversichtlich, dass man am Ende ein gutes Gesetz haben werde. Auf dieser Grundlage werde man mit den Weihnachtsbaumanbauern vernünftige Regelungen finden.

Annette Watermann-Krass (SPD) unterstreicht, die Selbstverpflichtung sei, auf den ersten Blick gesehen, ganz charmant. Ihre Fraktion habe sie ernsthaft geprüft. Es helfe aber keine einseitige Selbstverpflichtung, in der die Anbauer sagten, alles sei prima, damit könne man leben.

Wenn man eine Selbstverpflichtung haben wolle, dann müsse diese auch zur Befriedung aller beitragen. Das sei nicht geglückt, auch nicht in der Form, dass man das

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
21. Sitzung (öffentlich)

06.11.2013
sd-ro

zeitlich vorangetrieben habe, sodass erkennbar gewesen wäre, wer eine solche Selbstverpflichtung kontrolliere, ob das willkürlich sei. Die Kriterien müssten nachprüfbar sein.

Mit dem Gesetz – Bestandsschutz bis 2028, 2 ha ohne Genehmigungsregelung – sei man auf dem richtigen Weg. In dem Bereich, in dem Familienbetriebe ihr Einkommen im Wesentlichen auf Waldböden erzielten, werde innerhalb des Gesetzes eine vertragliche Vereinbarung ermöglicht, wonach man sich verpflichten könne, auch über 2028 hinaus an der Fläche festzuhalten, wenn man im Gegenzug einen umweltverträglichen Weihnachtsbaum- und Schmuckreisiganbau bekomme. Das sei noch einmal auszugestalten. Ihre Fraktion spreche sich dafür aus, innerhalb dieses Gesetzes eine vertragliche Vereinbarung zu treffen, wie auch immer sie aussehen werde. Das müsse man gemeinsam mit den Betroffenen überlegen.

Nach Wahrnehmung von **Henning Höne (FDP)** hat Frau Watermann-Krass in der Diskussion bisher eine andere Stoßrichtung eingenommen. Die SPD sei angeblich noch nicht am Ende mit dem Entwurf, so wie er jetzt vorliege.

Dass Herr Rüße von dem Antrag sehr überzeugt sei, glaube er. Er habe nicht den Eindruck, dass Frau Watermann-Krass so für den Gesetzentwurf brenne. Auch wenn die Westfalen nicht unbedingt extrovertiert seien, eine richtige Überzeugung habe er da nicht gesehen, eher eine Abkehr von dem, was beim letzten Mal gesagt worden sei.

Wie echt ein Dialogverfahren sein könne, wenn man an der einen Seite schon feste Grenzen einziehe, wage er zu bezweifeln. Er habe das Gefühl, dass von grüner Seite Luft aus dem roten Luftballon herausgelassen worden sei und man bei einem Problem, das es nur regional gebe, mit Kanonen auf Spatzen schieße. Wenn man die 2-ha-Regelung ökologisch begründe, dann frage er, warum man die zwei Hektar auf den Eigentümer selber beziehe. Er frage, was denn an Stellen passiere, an denen drei oder vier Eigentümer ihre Flächen zusammenpacken wollten. Das könne auch nicht die Lösung sein. An vielen Stellen habe man jetzt einen faulen Kompromiss. Es werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Das könne er nicht gutheißen.

Rainer Deppe (CDU) regt an, im Protokoll einmal nachzulesen, was Frau Watermann-Krass unter Dialog verstehe. Sie sage, es sei etwas vorgelegt worden, womit man nicht einverstanden gewesen sei. Das höre sich in der Szene anders an. Wenn das so wäre, könnte man auch eigene Vorschläge einbringen. Eben habe es geheißt, es wäre charmant gewesen, man hätte eine Vereinbarung hinbekommen. Vorschläge habe es offenbar nicht gegeben.

Jetzt zu sagen, dass eine Zertifizierung nach PEFC nichts wert sei, verwundere. Überwiegend werde der Wald in Nordrhein-Westfalen PEFC-zertifiziert. Das sei ein anerkanntes vernünftiges Verfahren, das ökologische Kriterien berücksichtige. Jetzt heiße es, mit einer solchen Zertifizierung könne man sich überhaupt nichts kaufen. Das halte er nicht für in Ordnung.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das haben wir nicht gesagt!)

– Eben sei das Wort minderwertig gefallen. Das könne man nachlesen. Es würden hier Selbstverpflichtungen eingegangen, die gar keine Verpflichtungen wären. Der Weg des Dialoges sei begonnen worden, die Leute seien beruhigt worden. Man sei den Weg nicht weitergegangen. Es sei auch kein Geheimnis, dass die SPD mit dem Koalitionspartner nicht zurechtgekommen sei. Einmal setze sich Minister Duin durch, einmal Herr Rüße. Er gratuliere Herrn Rüße. Er habe es geschafft. Das werde aber auf Dauer sicher nicht gutgehen.

Der Minister habe eben erwähnt, die unteren Landesbehörden hätten einen reichen Erfahrungsschatz, was die Genehmigungskriterien angehe. Im Gesetzentwurf sei aber vorgesehen, dass das die Forstbehörde mache. Er frage, ob man da einem Irrtum erlegen sei. Er wüsste gerne, was die Landesregierung da vorhabe.

Er habe darauf verwiesen, dass bereits heute in den jeweiligen zuständigen Gesetzen – beim Forstgesetz sei es die Forstverwaltung, beim Landschaftsschutz die Landesbehörde – Eingriffsregelungen umgesetzt würden, betont **Minister Johannes Remmel (MKULNV)**. Wenn es um Umwandlungen gehe, werde das nach Kriterien gestaltet. Man könne gerne die Fachleute zu Rate ziehen, nach welchen Kriterien das gestaltet werde. Das sei gängige Praxis und insofern nichts Neues. Es werde nichts Neues erfunden, sondern auf das gesetzt, was die Fachbehörden, die Forstverwaltung oder die Landschaftsbehörden nach dem Rechtskreis machten.

Man könne es gerne zusammenmachen. Er selbst habe sich bemüht, einen Zertifizierer zu finden, der einen grünen Weihnachtsbaum in irgendeiner Weise zertifizieren würde. Die herkömmlichen Zertifizierer PEFC als auch FSC zertifizierten Waldanbau und nicht den Weihnachtsbaumanbau. Es gebe zurzeit keinen gängigen Zertifizierer. Er würde sich freuen, wenn man aus Nordrhein-Westfalen eine Marke daraus machen würde. Es sei aber noch fachliche Arbeit notwendig, um dahin zu kommen. Wenn man da jemanden hätte, bitte er, ihm das mitzuteilen. Er rufe ihn sofort an. Er bemühe sich selber, weil es ihn reize, die ökonomischen Strukturen in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Es wäre eine gute Entwicklung, wenn man aus Nordrhein-Westfalen heraus etwas Besonderes anbieten könnte. Es gebe das aber zurzeit nicht. Daran müsse man weiter arbeiten. Er würde sich freuen, wenn diese Arbeit auch unterstützt würde.

Er habe sich nicht gegen Zertifizierungen gewandt, schon gar nicht gegen FSC und PEFC, betont **Norwich Rüße (GRÜNE)**. Der Prozess laufe. PEFC habe sich im Oktober damit auseinandergesetzt, ob sie Weihnachtsbaumanbau zertifizieren könnten. Sie wollten daran arbeiten. Das sei quasi dadurch angestoßen worden, dass man in Nordrhein-Westfalen intensiv darüber diskutiere, wie umweltfreundlicher Weihnachtsbaumanbau aussehen könne.

Im Rahmen der Selbstverpflichtung habe er über das Zertifikat GlobalGAP gesprochen. Man werde keinen Weihnachtsbaumanbauer mehr finden, der das für eine tolle Idee halten würde. Sie sähen mittlerweile selbst ein, dass das Zertifikat auf so niedri-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
21. Sitzung (öffentlich)

06.11.2013
sd-ro

gem Niveau gewesen sei, dass es keinem weiterhelfe und nur ein grünes Mäntelchen um eine Weihnachtsbaumtanne gewesen sei.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2097** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/1621** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

Vorsitzender Friedhelm Ortgies stellt fest, seit mehr als einem Jahr werde über dieses Thema diskutiert. Es habe verschiedene Anhörungen gegeben. Gespräche seien geführt worden. Frau Watermann-Krass habe von diversen Gesprächen berichtet. Nichts habe sich geändert. Er frage, warum man nicht gleich sage, dass man nichts ändern werde. Das störe ihn als Parlamentarier vor Ort.

Norbert Meesters (SPD) erklärt, er halte diese Art der persönlichen Bewertung für nicht parlamentarisch und nicht korrekt.

